

## **Internationalisierung und akademische Mobilität. Ausgewählte Beispiele aus deutschen Hochschulen.**

Ewald Berning

Internationalisierung und Globalisierung sind Schlagworte, die seit geraumer Zeit auch Eingang in den Hochschulbereich gefunden haben. Die Austauschprogramme der Europäischen Union haben entscheidend dazu beigetragen, die grenzüberschreitende Mobilität der Studierenden zu fördern und die Bedeutung eines Studienaufenthaltes im Ausland im Bewusstsein von Hochschulen und Studierenden zu stärken. Der vorliegende Beitrag beruht auf den Ergebnissen eines EU-geförderten Forschungsvorhabens, mit dem in ausgewählten EU-Staaten die Regelungen für den Zugang zu einem Hochschulstudium und die akademische Mobilität, insbesondere der Studierenden, untersucht wurden. Dabei hat es sich gezeigt, dass einzelne internationale Maßnahmen von Hochschulen in einen größeren Kontext weitreichender Strategien eingebunden werden sollten. Sechs Fallbeispiele aus deutschen Hochschulen vermitteln einen Eindruck von der Vielfalt internationaler Aktivitäten in Forschung und Studium.

## 1 Das EU-Forschungsvorhaben ADMIT

Das Bayerische Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, München, war von November 1998 bis Oktober 2000 Partner eines Forschungsvorhabens über den Zugang zum Hochschulstudium und zur akademischen Mobilität in fünf Mitgliedstaaten der EU. Die Federführung lag bei der London School of Economics. Weitere Partner waren: das Institut Européen pour la Promotion de l'Innovation et de la Culture dans l'Éducation (EPICE) in Paris, Frankreich, die Universität Athen, Griechenland, die Universität Lund, Schweden sowie die HIS GmbH, Hannover. Die Studie wurde im Rahmen des Targeted Socio-Economic Research Programms (TSER) von der Kommission der EU gefördert.

Gemäß dem Projekttitel „ADMIT - Higher education admissions and student mobility within the EU“ konzentrierte sich die Arbeitsgruppe zunächst auf die Darstellung von Rechtsgrundlagen und Verfahren der Zulassung ausländischer Studierender zum Hochschulstudium sowie auf die studentische Mobilität in den beteiligten Staaten. Der Untersuchungsauftrag lautete: „To compare policies and statistical data (in) higher education admissions.... To compare the development and recent changes in higher education admissions policies and practices ... To explore the characteristics of students who choose to study outside their own country ..... To explore specific needs for common curriculum elements in upper secondary general education ... that would facilitate student mobility ... To (describe) obstacles and barriers to transnational mobility and examples of good practice (and the necessity of) organizational, institutional and governmental change.“ (*ADMIT work programme*). Schon beim ersten der halbjährlich stattfindenden ADMIT-Seminare zeigte es sich, dass der Blick auf Rechtsgrundlagen, Strategien und Verfahren für Zulassung und Mobilität allein den globalen Entwicklungen im europäischen Hochschulwesen nicht gerecht würde. Das Projektspektrum war daher um die Aspekte Internationalisierung und Globalisierung zu erweitern (*vgl. den Aufsatz von H. Lauterbach in diesem Heft*).

Die ersten Mobilitätsprogramme der EU, die Ende der 80-er Jahre starteten (ERASMUS, TEMPUS, LINGUA, COMMETT), verfolgten vorrangig innerkommunitäre Ziele. Die akademische Mobilität der Studierenden in der Europäischen Union sollte bis zu einer Zielmarke von 10 % ausgeweitet werden. Mobilitätsmaßnahmen für Dozenten und weiteres Hochschulpersonal unterstützten dieses Ziel. Der Erfolg besonders des ERASMUS- bzw. später des SOCRATES-Programms gab seinen Promotoren in der Kommission und in den Mitgliedstaaten schon nach kurzer Laufzeit recht. ERASMUS und SOCRATES wurden geradezu Gütezeichen der internationalen Kommunikation von Hochschulen in Eu-

ropa. Im Abstand von jetzt mehr als zehn Jahren seit ihrem Start behalten diese Programme weiterhin ihre Bedeutung. In den meisten Hochschulen haben sie jedoch im Rahmen der Bemühungen um Internationalität eine Funktionsverschiebung erfahren. Sie sind nicht länger das wichtigste Aushängeschild für europäische Mobilität, sondern eines neben anderen Feldern, auf denen sich Internationalisierung und Globalisierung von Wissenschaft und Studium vollziehen. Die einzelnen Staaten und erst recht die einzelnen Hochschulen setzen dabei unterschiedliche Akzente.

Grob zusammengefasst, kam das ADMIT-Projekt zu folgenden Ergebnissen: Die Bedeutung der europäischen akademischen Mobilität der Studierenden wird in den beteiligten fünf Staaten sowohl von den staatlichen Autoritäten als auch von den Hochschulen unterschiedlich gesehen. Frankreich und das Vereinigte Königreich scheinen nicht besonders daran interessiert zu sein, die eigenen Studierenden zu einem intensiven internationalen Austausch zu motivieren. Beide versuchen vielmehr gezielt, ausländische Studierende aus Nicht-EU-Staaten anzuziehen, im Vereinigten Königreich auch aus finanziellen Gründen. Hohe Studiengebühren für so genannte „overseas students“ leisten einen deutlichen Beitrag zu den Budgets der einzelnen Hochschulen. In Griechenland sind sehr viele Studienwillige wegen der Ausleseprozeduren, welche sie durchlaufen müssen und an denen sehr viele scheitern, schon immer darauf angewiesen, einen Studienplatz im Ausland zu finden. Die Mobilität vieler griechischer Studierender ist also aus der Not geboren und aus dem Unvermögen der staatlichen Autoritäten, allen griechischen Studienwilligen und -fähigen einen Studienplatz im Land zu gewähren.

Die Hochschulen in Deutschland haben sich an den europäischen Mobilitätsprogrammen von Anfang an intensiv beteiligt. Ein „ERASMUS-Aufenthalt“ im europäischen Ausland wird als Nachweis von persönlicher Flexibilität und internationalem Interesse der Studierenden geschätzt. Für die meisten Hochschulen und für einen Teil der Studierenden sind ERASMUS-Kooperationen und die entsprechenden Studienaufenthalte im europäischen Ausland zur Selbstverständlichkeit geworden. Das besondere Interesse der Bildungspolitik und vieler Hochschulen richtet sich jedoch seit einiger Zeit besonders auf die Rekrutierung begabter ausländischer Studierender und junger Nachwuchswissenschaftler für einen Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland. Darüber hinaus soll die Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler aus Deutschland eingedämmt werden. „Brain gain statt brain drain“ ist das Schlagwort. Der befürchtete Attraktivitätsverlust von Wissenschaft und Studium in Deutschland soll auf diese Weise gemildert werden. In Schweden wird die akademische Mobilität mehr als

in den anderen europäischen Staaten ausdrücklich mit einem politisch-ethischen Akzent als ein Weg zu internationaler Verständigung und zum Frieden verstanden. Neue Zielländer sind seit einigen Jahren die Baltischen Staaten und Russland.

Konkrete Strategien und Prozeduren, um die europa- und weltweite akademische Mobilität zu intensivieren, hängen eng mit den Bildungsstrukturen in den jeweiligen Staaten, dem Grad der Autonomie der Hochschulen, den entsprechenden finanziellen Ressourcen und nicht zuletzt dem Bewusstsein für die Bedeutung internationaler Beziehungen in Wissenschaft und Studium zusammen. Frankreich und das Vereinigte Königreich sind deutlich weniger aktiv in dem Bemühen, eine ausgewogene europäische Mobilität der Studierenden zu erreichen. Der Zustrom ausländischer Studierender in diese Länder ist vor allem wegen immer noch bestehender, aus den Kolonialzeiten stammender Verbindungen und aus sprachlichen Gründen relativ stark. Deutschland, Schweden sowie (außerhalb der ADMIT-Perspektive) weitere nord- und südeuropäische Staaten sehen sich aus vielen anderen Gründen herausgefordert, ausländischen Studierenden ein Studium an ihren Hochschulen zu erleichtern.

Der Gewinn, den mobile Studierende nach eigenen Angaben aus den europäischen Austauschprogrammen ziehen, liegt vor allem in einem längeren Aufenthalt in einem fremden Land an sich, im Kennenlernen anderer Menschen, Lebenswelten und Kulturen, in der Erweiterung des persönlichen geistigen und kulturellen Horizonts sowie in der Verbesserung der Sprachkompetenz. Positive Auswirkungen auf den Studienfortgang oder die Berufskarriere gelten zunächst als weniger bedeutsam. Eine befürchtete Störung des Studienablaufs führt häufig dazu, von einem Auslandsaufenthalt abzusehen. Als Barrieren gegen die Ausweitung der Mobilität werden vorrangig Schwierigkeiten in der Finanzierung, Sprachprobleme sowie angenommene oder tatsächliche Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Studienleistungen im Ausland genannt.

## **2 Veränderungen in den Mobilitätsstrategien in Deutschland: Vom Studentenaustausch zur Internationalisierung der Hochschulen**

Internationalität ist schon immer ein Charakteristikum der Wissenschaft. Ein Blick in die Geschichte der Universitäten in Europa seit dem Mittelalter belegt dies. In deren Verlauf sind jedoch auch Prozesse der Provinzialisierung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Einrichtungen zu beobachten. Die Entstehung der Nationalstaaten in Europa hat dies unbezweifelbar befördert. Im Prozess der europäischen Einigung sollten Austausch und Mobilität auf allen Bil-

derungsebenen die Integration der unterschiedlichen Kulturen und politischen Traditionen in den Mitgliedstaaten befördern. Dieses Ziel wurde von der Europäischen Kommission auch zur Legitimation ihrer geringen Kompetenzen auf dem Bildungssektor instrumentalisiert. Die europäischen Erziehungs- und Universitätsminister haben in ihren Erklärungen von Paris 1998, Bologna 1999 und Brüssel 2000 die Notwendigkeit der Mobilität, der Internationalisierung und zugleich der Harmonisierung der Bildungssysteme bekräftigt. Die jüngeren Aktivitäten der deutschen Bildungspolitik in Bund und Ländern gehen deutlich weiter. Ein hinreichend gemeinsames Bildungs-Fundament wird wohl als bereits gegeben vorausgesetzt. Das Ziel der europäischen Einigung auch durch Bildung wird in Deutschland gegenwärtig von der Furcht vor einer globalen Provinzialisierung des eigenen Bildungswesens überlagert, dies vor dem Hintergrund der weltweiten Konkurrenz vor allem anglo-amerikanisch ausgerichteter Studienangebote und Forschungsnetzungen. Die Abwanderung deutscher hochbegabter Studierender und Postdocs in die USA und das Ausbleiben begabter ausländischer Studienbewerber aus wirtschaftlich dynamischen Staaten sowie solchen mit ehemals engen Hochschulbeziehungen zu Deutschland werden als Signal der Bedrohung der wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gewertet.

Die vor gut zehn Jahren von der EU induzierte Strategie eines quantitativen Ausbaus der innereuropäischen akademischen Mobilität verändert sich gegenwärtig in Richtung *qualitativ* ertragreicher Hochschulbeziehungen. Die Bildungspolitik ermuntert die Hochschulen, in Forschung und Studium internationale Netzwerke auf hohem wissenschaftlichem Niveau aufzubauen, welche über die multilateralen akademischen Verbindungen hinaus Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland eine globale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten sollen. Für die Anwerbung ausländischer Studieninteressenten bedeutet das: Es geht nicht um die bloße Erhöhung des zahlenmäßigen Anteils ausländischer Studierender (unter denen die Bildungsinländer gegenwärtig rund ein Drittel ausmachen), sondern um die Gewinnung vielversprechender junger Menschen, die nach Abschluss ihrer Studien in Deutschland und längerfristig nach der Rückkehr in ihre Heimatländer Schlüsselfiguren für die Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen mit Deutschland werden können. Darüber hinaus soll die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Deutschland so gestärkt werden, dass deutsche Nachwuchswissenschaftler nach einem (wünschenswerten) Auslandsaufenthalt zurückkehren und verantwortliche Positionen übernehmen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hat in den letzten Jahren zahlreiche Barrieren, nicht zuletzt auch des Ausländerrechts, benannt, die der ungehinderten Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern im Wege stehen. Ein Teil der rechtli-

chen oder prozeduralen Hindernisse ist mittlerweile beseitigt oder wenigstens gemildert worden; andere bestehen weiter fort und beeinträchtigen die Bemühungen um Internationalität erheblich.

Die Internationalisierung der Hochschulen ist ein wesentliches Instrument der Qualitätsverbesserung und Fortentwicklung des Hochschulwesens. Mit einer Definition von der Wende sind darunter „alle systematischen und nachhaltigen Bemühungen (zu verstehen), die darauf abzielen, dass die Hochschulen möglichst gut auf die Herausforderungen der Globalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt reagieren können“ (*van der Wende 1997, S. 19*).

### **3 Beispiele für die Internationalisierung an deutschen Hochschulen**

Die Begriffe Internationalisierung und akademische Mobilität lassen sich für ein Land als Ganzes nicht veranschaulichen, auch wenn das Hochschulwesen relativ homogene Strukturen aufweist wie in Deutschland. Deshalb legten die Forscher im Projekt ADMIT Fallstudien aus ihren Staaten dazu vor, wie sich einzelne Hochschulen um Internationalität in Forschung und Studium bemühen. Die deutschen Projektmitarbeiter der HIS GmbH und des Staatsinstituts verständigten sich auf eine Reihe von Hochschulen, bei denen sie unterschiedlich akzentuierte Strategien und Maßnahmen für die Gewinnung von Internationalität zu erkennen glaubten. Die Auswahl ist zwar nicht repräsentativ für die Hochschulen in Deutschland; sie bietet aber eine differenzierte Typologie dessen, was Internationalisierung konkret an einzelnen Hochschulen bedeuten kann.

#### **3.1 Universität Passau**

Die Universität Passau besteht seit dem Jahr 1976 und wurde als Regionaluniversität mit geisteswissenschaftlichem Fächerspektrum ins Leben gerufen. Sie hat heute knapp 8.000 Studierende, darunter 650 Ausländer, unter ihnen rund 100 im ERASMUS-Austausch. 260 Passauer ERASMUS-Studierende hielten sich im Jahr 2000 im europäischen Ausland auf. Die Universität Passau wurde als eines der ADMIT-Fallbeispiele gewählt, weil ihr erster und langjähriger Rektor, Prof. Dr. Karl-Heinz Pollock, für sie nur dann eine Entwicklungs- und Profilierungschance sah, wenn sie ihre Studienangebote international ausrichten würde. So enthielten viele Studiengänge von Anfang an obligatorische fremdsprachliche Studienanteile. Dies bietet den Studierenden die Chance, sich bereits im Studium etwa der Wirtschaftswissenschaften oder der Rechtswissenschaften auf internationale Tätigkeitsfelder vorzubereiten. Darüber hinaus setzte man gezielt auf Europa: Lange Jahre gehörte die Universität Passau zu den Hochschu-

len in Deutschland mit den meisten ERASMUS-Kooperationen. Rektor Pollock war viele Jahre als Vertreter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Mitglied in den entsprechenden Gremien der EU. Ein dichtes Netz von heute etwa 120 internationalen Hochschulkooperationen stützt das grenzüberschreitende Profil der Universität vorrangig im Studium, das schon zu einer Zeit aufgebaut wurde, als an den meisten deutschen Hochschulen Internationalität sich allenfalls in turnusmäßigen Honoratiorenbesuchen äußerte.

Die besondere Stärke der Universität Passau liegt mehr in der Internationalisierung der Studienangebote als in einer weltweit vernetzten Forschung. Als Beweis mag der für Deutschland beispielgebende Diplom-Studiengang „Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien“ (Kurzbezeichnung: „Kulturwirt“) dienen, den die Universität als eines ihrer Markenzeichen ansieht. Die Studierenden erwerben weltweit orientierte interkulturelle Kenntnisse und Kompetenzen, begleitet vom obligatorischen Studium zweier Fremdsprachen und ökonomischer Studieninhalte. Ein mindestens 6-monatiger Auslandsaufenthalt vermittelt ihnen konkrete Erfahrungen aus anderen Kulturkreisen (Frankreich, Spanien/Portugal, Ost-Mitteuropa, anglo-amerikanische Regionen, Südost-Asien). Der Studiengang Kulturwirt wird von Bewerbern aus ganz Deutschland stark nachgefragt. Die besondere Profilierung dieses Studiengangs hat auch Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Disziplinen, die daran beteiligt sind. So veränderte sich die traditionelle Zweiteilung der Philologien (Literatur- und Sprachwissenschaft) zunehmend in Richtung kulturwissenschaftlicher Ansätze, die enge Verflechtungen mit anderen Wissenschaftsbereichen herausfordern (Wirtschaft, Politik, Geschichte, Kunst, ...). Als Ergänzung des interkulturellen Spektrums sind gegenwärtig ein Bachelor- und Master-Studiengang „European Studies Passau“ sowie ein Graduiertenkolleg „Kulturelle Aneignung in Europa: Erfolgreiche Prozesse interkultureller Kommunikation in der Neuzeit“ geplant.

Die Juristische Fakultät bietet in Zusammenarbeit mit der University of London einen „Bachelor of Laws“ (LLB) und einen „Magister Legum“ für ausländische Jurastudenten an. Ein Studiengang „Master of European Law“ ist in Vorbereitung. Ähnliche Bemühungen um internationale Studiengänge zeigt auch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die einen Master-Studiengang „Financial Planning“ vorbereitet. Die Fakultät pflegt enge Beziehungen zu Ost-Mitteleuropäischen Staaten wie Ungarn, Polen, der Ukraine und Russland.

Die Universität Passau will ihre internationale Zukunft um die Entwicklung der Beziehungen vor allem zu Mittel- und Südamerika ausweiten, die für deutsche Studierende sehr attraktiv sind.

### 3.2 Ludwig-Maximilians-Universität München

Traditionsreiche, große Universitäten haben das Image, behäbig zu sein und sich wie die vielzitierten Tanker nur langsam zu bewegen. Die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) sah sich lange solchen Vorwürfen ausgesetzt. Internationalität besonders der Forschung war für sie immer eine Selbstverständlichkeit, aber lange Zeit kein strategisches Thema. Erst im Jahr 2000 wurde im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung eine Agenda zur Internationalisierung niedergelegt. Zentrum des Universitäts-Leitbildes ist die „universitas litterarum“, die nicht nur im außerordentlich breiten Fächerspektrum der LMU, sondern auch in weltweiten Netzwerken sichtbar werden soll. Für die Forschung an der LMU, wenn auch mit Unterschieden in den einzelnen Wissenschaftsbereichen, ist dies seit langem gegeben.

An der LMU studieren z. Z. etwa 46.000 Studierende. Der Anteil von ausländischer Studierender 13 % (5.980) liegt deutlich über dem Durchschnitt in Deutschland. 4.400 von ihnen sind „echte“ Ausländer, also keine Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Die LMU sieht sich als „global player“, auch in ihren Studienangeboten. Sie steht am Beginn einer tiefgreifenden Reform der Studiengänge, in der die Einführung internationaler Studienabschlüsse (Bachelor und Master) erwogen wird. Nach wie vor besitzt München unter den Hochschulstandorten in Deutschland eine hohe Attraktivität. Dem will die Universität weiterhin mit ihrem breiten wissenschaftlichen Angebot in Forschung und Lehre gerecht werden. Der größere Teil der gegenwärtigen Austauschbeziehungen für Studierende besteht mit Universitäten in europäischen Ländern. Die LMU ist aber bestrebt, die bestehenden Partnerschaften verstärkt um solche mit Hochschulen in Osteuropa und Asien zu erweitern.

Die Stadt München hält sich viel auf ihren Charme zugute. Die Kehrseite bemerken (nicht nur) ausländische Studierende und Wissenschaftler bald: Hohe Mieten und Lebenshaltungskosten, knapper Mietwohnraum, Mangel an Wohnheimplätzen für Studierende, Schwierigkeiten mit der Bürokratie der Ausländerbehörden. Die Hochschulen und das Studentenwerk in München haben nur begrenzte Möglichkeiten, solchen Hindernissen kurzfristig entgegen zu wirken. Für um so wichtiger halten sie es, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der weltweiten Verbindungen von Forschung und Studium bei den Hochschulmitgliedern und in der Stadt zu schärfen. Das „Münchner Universitäts-Magazin“ (MUM) der LMU macht dies in der ersten Ausgabe 2001 mit dem Aufmacher „Brain gain statt brain drain“ zum Thema. Neben der schon selbstverständlichen globalen Forschungsvernetzung wird zunehmend die Bedeutung der Gewinnung

und des Austausches qualifizierter Studierender und Nachwuchswissenschaftler erkannt. „Der Wettbewerb um die besten Kräfte wird global ausgetragen“ (*MUM 1/2001, S. 7*), bereits um die Studierenden und erst recht um vielversprechende Absolventen.

Aus dem international orientierten Studienangebot der LMU seien folgende Beispiele genannt:

- Der „Integrierte Studiengang deutsch-französisches Recht“ in Kooperation mit der Universität Paris II: Kernstück dieses Studienganges ist ein dreisemestriger Studienaufenthalt der Münchener Programmstudenten an der Université Paris II im 3. und 4. Studienjahr (5. bis 7. Fachsemester), der durch die Deutsch-Französische Hochschule (*s. Abschnitt 3.4*) im Rahmen der Zuweisungen mit Teilstipendien (z.Zt. ca. EUR 307,- monatlich) gefördert werden kann. Zunächst wird die Licence en droit erworben. Dabei handelt es sich um ein berufsqualifizierendes Hochschuldiplom, das die französischen Studenten nach dem dritten Studienjahr erwerben. Bei Bestehen der Licence bleiben die deutschen Studenten ein weiteres Semester in Paris, um die erste Hälfte des Maîtrise-Studiengangs zu absolvieren. Die Université Panthéon-Assas (Paris II) erkennt das weitere Studium in München als zweites Maîtrise-Semester an und verleiht das Maîtrise-Diplom unter Berücksichtigung der Ergebnisse im Ersten Juristischen Staatsexamen zugleich mit dem Zeugnis desselben.
- Der reformierte Studiengang „Magister Philosophiae“, in dem vor allem auf die Verbindung der philosophischen Traditionen Deutschland und Englands Wert gelegt wird. Ein Auslandsaufenthalt bis zu einem Jahr ist vorgesehen.

Der Studiengang „Master of Excellence“ in den Fächern Pädagogik/Psychologie, der auch ausländische Studierende anziehen soll und ihnen einen internationalen Abschluss in Pädagogik bzw. Pädagogischer Psychologie anbietet.

Die „Munich-Harvard Educational Alliance“ im Fach Humanmedizin. Sie verfolgt das Ziel, aufbauend auf erprobten Lehrverfahren in der Münchener Fakultät und unter Einbeziehung der Erfahrungen der Harvard Medical School, eine neue Lehr- und Lernkultur zu entwickeln und die Studierenden zu befähigen, sich mehr als bisher aktiv und praxisorientiert mit dem Unterrichtsstoff auseinander zu setzen. Seit Sommersemester 1997 wird jeweils 10-15 Studenten die Möglichkeit geboten, den Großteil ihres praktischen Jahres in der Harvard Medical School zu absolvieren. Dort werden sie nach einem eigens entwickelten praxisorientierten Programm in Innerer Medizin und Chirurgie ausgebildet. Darüber hinaus erhalten sie einen generellen Einblick in das Ausbildungssystem.

Der Hochschulrat der LMU hat im Sommer 1999 eine Stellungnahme „Die Universität auf dem Weg in die Wissensgesellschaft“ verabschiedet, in der er die besonderen Chancen und Herausforderungen des Wissenschaftsraumes München anspricht. Er schlägt ein intelligentes Netzwerk zwischen den beiden Universitäten, der staatlichen Fachhochschule und den zahlreichen im Münchner Raum angesiedelten Forschungsinstituten vor. Dies könne dazu beitragen, München zu einem der zehn weltweit führenden „Centers of Excellence“ der Wissensproduktion zu machen, vergleichbar mit den Räumen Boston/Cambridge und San Francisco/Los Angeles/San Diego.

### **3.3 Technische Universität München**

Unter den deutschen Universitäten hat in jüngerer Zeit die Technische Universität München (TUM) mit einer tiefgreifenden Reform ihrer Strukturen und ihrer wissenschaftlichen Profilierung von sich reden gemacht. Spiritus rector ist der Präsident Prof. Wolfgang Herrmann. Im Jahr 1998 wurde die TUM wegen ihrer wegweisenden Modernisierung und Internationalisierung vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zur „Best-Practice-Hochschule“ des Jahres gekürt. Finanziell gestützt durch das staatliche Programm „High-Tech-Offensive Bayern“ und unter Nutzung einer Experimentierklausel im Bayerischen Hochschulgesetz von 1998 macht die TUM alle Anstrengungen, ein moderner, exzellenter und weltweit operierender global player in den technischen Wissenschaften zu sein.

Unter den gegenwärtig etwa 20.000 Studierenden der TUM sind 11 % Ausländer (incl. Bildungsinländer). 10 % der deutschen Studenten absolvieren im Laufe ihres Studiums einen Auslandsaufenthalt. Die TUM pflegte im Jahr 1999/2000 161 ERASMUS-Partnerschaften, weitere 57 vertraglich vereinbarte Kooperationen, besonders auch mit Hochschulen in den USA, und sechs so genannte „strategische Partnerschaften“ mit international führenden Universitäten (Paris, Stanford, Cambridge/Mass., Singapur, Hong Kong und Tokio).

Unter den Möglichkeiten, an der TUM internationale Studienabschlüsse zu erwerben, ist das schon länger bestehende „Münchner Modell“ zu nennen, das für viele Technische Universitäten in Deutschland beispielgebend ist. Danach können Studierende am Ende des ordentlichen 6. Studiensemesters und nach erfolgreicher Diplom-Vorprüfung eine Bachelor-Prüfung ablegen und damit den akademischen Grad des Bachelor of Science erwerben. Danach können sie ihr Studium mit dem Ziel des Diplomabschlusses oder eines der angebotenen Masterabschlüsse fortsetzen. Es ist auch möglich, fächerübergreifend einen Bachelor of

Science etwa mit einem MBA-Abschluss zu verbinden. Dies dürfte vor allem für ausländische Studierende attraktiv sein. Für die Mehrzahl der Studiengänge an der TUM ist das Prüfungswesen mittlerweile nach den Vorgaben des European Credit Transfer System (ECTS) organisiert.

Eine besondere auf ausgewählte asiatische Staaten gerichtete Initiative ist das LAOTSE-Austauschprogramm (Links to Asia by Organizing Traineeships and Student Exchange). Mit ihm „hat die TUM als erste deutsche Universität ein Modell für die Institutionalisierung von Universitätsbeziehungen zwischen Europa und Asien entwickelt, wie sie auf den Gipfelkonferenzen Asien-Europa in Bangkok 1996 und London 1998 gefordert wurden. Angesichts der gut etablierten Austauschprogramme mit den USA und der zahlreichen europäischen SOC-RATES- und ERASMUSprogramme entwickelte die TUM im Rahmen ihrer Strategie zur weiteren Internationalisierung ein spezielles Austauschprogramm mit Spitzenuniversitäten Südostasiens. Die Basis für das LAOTSE-Programm schuf die TUM durch Kooperationsvereinbarungen mit der Nanyang Technology University (1997), der National University of Singapor (NUS, 1998) sowie dem ASIAN-Institute of Technology in Bangkok (1998). LAOTSE soll den Studierenden der TUM die Wachstumsregion Südostasien näher bringen und leichter zugänglich machen. Gleichzeitig ebnet die TUM hochqualifizierten Studenten südostasiatischer Universitäten den Weg an die TUM. Bis jetzt nehmen vier Universitäten in Singapur, Indonesien, Hong Kong und Thailand am Austauschprogramm teil. Insgesamt 24 Studierende der TUM gehen im Jahr 2001 nach Südostasien, 13 Studierende kommen im Rahmen dieses Programms an die TUM. Auch der Austausch von Dozenten wird in beide Richtungen verstärkt. Die Blickrichtung nach Südostasien entspricht auch dem aktuellen Bedarf deutscher Firmen. So war es möglich, namhafte Unternehmen wie Siemens, Daimler-Chrysler und Infineon als Sponsoren für das Programm zu gewinnen. Sie bieten den Studierenden ein Traineeprogramm an und unterstützen sie bei der Finanzierung des Fluges, des Aufenthalts im Ausland und von Sprachkursen. Inzwischen sind auch einheimische Firmen in Südostasien als Sponsoren eingebunden. Die Teilnehmer am LAOTSE-Programm stellen sich deshalb nicht nur der Herausforderung eines Semesters an einer der Partneruniversitäten, sondern erleben auch für vier Monate den betrieblichen Alltag in einer der Sponsorfirmen. Durch die Teilnahme am LAOTSE-Austauschprogramm gewinnen die Studierenden ein besseres Verständnis für die Kultur des Gastlandes, für seine wissenschaftlichen Leistungen und für die divergierenden betrieblichen Problemlösungsstrategien. Im Zeitalter der Globalisierung sind dies unverzichtbare interkulturelle Kompetenzen und eine hervorragende Grundlage für den späteren Erfolg im Berufsleben. Die akademische und professionelle Zusammenarbeit

während eines Jahres beseitigt vorurteilhaftes und stereotypes Denken durch den Aufbau persönlicher Beziehungen.“ (Quelle: *Mitteilungen der TUM, Ausgabe 5 (1999/2000)*; <http://www.laotse.org>).

Die dezidierte internationale Orientierung der TUM zeigt sich auch in der organisatorischen Zusammenführung von Personen und Kompetenzen auf der Ebene der Verwaltung. Seit dem 1. Januar 2001 gibt es ein Internationales Zentrum, in dem früher einmal getrennte Dienstleistungs-Einheiten zu fünf neuen Service-Gruppen zusammengefasst wurden: Informationsbüro, EU-Forschungsförderung, Sprachen, Studium und Kooperationen, Alumni- und Career Service.

### **3.4 Hochschulregion Saarbrücken**

Man wird in Deutschland nicht leicht eine Region mit so vielfältigen internationalen Hochschulaktivitäten finden wie den Raum Saarbrücken. Die gemeinsame geographisch-politische Grenze des Saarlandes mit Lothringen und Luxemburg sowie die spezifische Geschichte der Grenzregionen haben zu engen akademischen Verflechtungen vor allem mit Frankreich geführt. Vergleichbar intensive Beziehungen entstanden in anderen grenznahen Hochschulräumen in Deutschland erst in den letzten Jahren: von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit Belgien und den Niederlanden; von norddeutschen mit Skandinavien, südbayerischen mit Österreich und Italien, von Hochschulen in Baden-Württemberg mit Frankreich und der Schweiz. Die Hochschulen in den neuen Bundesländern reaktivieren die mit der Einigung Deutschlands und dem Niedergang des Ostblocks meist abrupt gekappten Verbindungen zu den dortigen Hochschulen nur langsam und mühevoll.

Die Universität in Saarbrücken wurde im Jahr 1947, also während der Zeit der französischen Verwaltung des Saarlandes, als eine Dependence der Medizinischen Fakultät der Universität Nancy gegründet. Nach der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957 wurde die Universität Saarbrücken zur Universität des Saarlandes. Gegenwärtig hat sie 8 Fakultäten (incl. Medizin und technische Fächer) bei deutlicher Dominanz der Geistes- und Rechtswissenschaften (67 % der Studierenden). Von den etwa 17.500 Studierenden im WS 1999/2000 waren 13 % ausländische Studierende. Seit Bestehen der europäischen Austauschprogramme gehört die Universität des Saarlandes zu den deutschen Hochschulen mit den meisten Austauschbeziehungen.

Das vielfältige internationale Bild des Hochschulraums Saarbrücken wird durch folgende Einrichtungen geprägt:

### *Europa Institut*

Das Europa Institut in der Universität des Saarlandes besteht seit 1951 als europa-orientierte Forschungs- und Studieneinrichtung für künftige Diplomaten, Rechtsexperten und Führungskräfte. Es ist Teil der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Über die Beteiligung an den grundständigen Studiengängen hinaus bietet es folgende spezielle Studien an: Master of European Law, Aufbaustudiengang European Integration, MBA-Europe, Master of Economics Europe. Obwohl Bestandteil der Fakultät, genießt das Institut eine weitgehende Autonomie in der Auswahl und Elite-Ausbildung der Studierenden, von denen zwei Drittel Ausländer sind. Zu den Dozenten gehören Professoren der Universität, aber auch hohe Funktionsträger politischer Einrichtungen der EU.

Trotz seiner hohen Attraktivität für Studierende und der beachtlichen Karriereverläufe der Absolventen steht das Europa Institut vor einem Rekrutierungsproblem: Die zunehmende Dominanz der englischen Sprache in den Hochschulen vieler europäischer Staaten führt dazu, dass englischsprachige Studienbewerber ausbleiben, weil die Unterrichtssprache im Institut zunächst Deutsch und dann Französisch ist. Es wird daher ernsthaft erwogen, in größerem Umfang auch Englisch als Unterrichtssprache zu verwenden, um den Verlust an bestimmten Studierenden wett zu machen.

### *Centre Juridique Franco-Allemand*

Die Universität des Saarlandes stellt das Zentrum im Internet wie folgt vor: „Das innerhalb der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes angesiedelte Centre Juridique Franco-Allemand (CJFA) verfolgt seit 1955 das Ziel, deutschen und französischen Studierenden der Rechtswissenschaft zusätzlich eine Grundausbildung im Recht des jeweiligen Partnerlandes zu ermöglichen. Es werden parallel Inhalte des deutschen und des französischen Rechts vermittelt; deutsch- und französischsprachige Studierende werden gemeinsam unterrichtet. Nach erfolgreichem Abschluss des zweijährigen Studienganges „Droit“ erhalten die Absolventen ein Saarbrücker Abschlusszeugnis, das dann im Wege des sogenannten „homologation-Verfahrens“ in den ersten französischen Universitätsabschluss „D.E.U.G. - droit“ umgewandelt werden kann. Das für den Studiengang geltende règlement des études et examens 1999 sieht vor, dass der Studiengang in zwei verschiedenen Varianten absolviert werden kann:

Variante 1: Einerseits steht das Studium am CJFA Interessenten (in der Praxis: französische und französischsprachige Interessenten) offen, die eine in

Deutschland anerkannte Hochschulzugangsberechtigung besitzen und primär das Studium des französischen Rechts betreiben, dabei jedoch gleichzeitig Grundkenntnisse im deutschen Recht erwerben wollen und hierüber den Zugang zur Rechtsvergleichung anstreben. Je nach Qualität der Ergebnisse im deutschen Recht wird der DEUG-Abschluss mit dem Prädikat „droit français“ oder „droits français et allemand“ verliehen.

Variante 2: Das CJFA wendet sich auch an Interessenten, die eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung besitzen, in der Regel deutsche Staatsangehörige sind und die im Hinblick auf die fortschreitende Integration Europas über ihr Studium des deutschen Rechts hinaus Grundkenntnisse im französischen Recht erwerben und insoweit einen qualifizierten Abschluss erlangen wollen. Diesen Interessenten eröffnet die Saarbrücker Fakultät den Weg eines Doppelstudiums: Studium der Rechtswissenschaft mit dem Ziel der Ersten Juristischen Staatsprüfung und parallel dazu am selben Ort das Studium des französischen Rechts mit dem Ziel des DEUG Droit - option „droits français et allemand“.

Grundsätzlich kann dieses Doppelstudium ohne Verlängerung der Regelstudienzeit für Rechtswissenschaft absolviert werden. Eine eventuelle Verlängerung bis zu zwei Semestern wird jedoch gegebenenfalls durch eine Sonderregelung zum Freischussverfahren abgefangen.

Mehrjährige Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass die „Doppelstudierenden“ in der Regel überdurchschnittliche Ergebnisse sowohl bei den DEUG-Abschlüssen als auch bei der Ersten Juristischen Staatsprüfung erzielen. Hinzu kommt, dass sowohl das Ministère de l'Education nationale als auch das saarländische Justizministerium in den letzten Jahren wesentliche Erleichterungen des Doppelstudiums durch die Anerkennung von Studienleistungen in dem jeweils anderen Studiengang ermöglicht haben.

Seit 1990 werden im Oktober jeden Jahres ca. 80 Studierende zum Studiengang „Droit“ zugelassen, etwa 40 aus jeder Sprachgruppe. Voraussetzung für die Zulassung deutschsprachiger Bewerber ist neben der Hochschulzugangsberechtigung der Nachweis ausreichender Französischkenntnisse. Absolventen eines internationalen Gymnasiums mit Schwerpunkt Deutsch-Französisch, eines deutsch-französischen Gymnasiums oder eines Gymnasiums mit bilingualem deutsch-französischem Zug erhalten vorab einen Studienplatz.“ (*Quelle: <http://www.jura.uni-sb.de/CJFA/studium.htm>*)

### *Frankreich-Zentrum*

Das Frankreich-Zentrum besteht erst seit 1996 und ist noch im Aufbau begriffen. Es ist eine zentrale Einrichtung der Universität und unterstützt die zahlreichen persönlichen und institutionellen Kontakte mit Frankreich und mit französischen Universitäten. Seine Aktivitäten richten sich gleichermaßen an Lehrende, Forschende und Studierende. Es vertritt das frankreich- und frankophoniebezogene Potential der Universität des Saarlandes gegenüber der außeruniversitären Öffentlichkeit. Es informiert über die vielfältigen auf Frankreich bezogenen Studienangebote und Aktivitäten der Universität und koordiniert zahlreiche entsprechende akademische und kulturelle Initiativen (Studienangebote vor allem der Philosophischen Fakultäten, Kolloquien, Tagungen, Praktika, Reisen, Exkursionen, Schüler- und Studentenaustausch). Wegen der bisher zu geringen organisatorischen und personellen Ausstattung lebt das Zentrum entscheidend von der Begeisterung der Personen, die sich für seine Ziel einsetzen.

### *Deutsch-Französische Hochschule*

Mit einem im Jahr 1997 in Weimar geschlossenen deutsch-französischen Regierungsabkommen wurde die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) ins Leben gerufen. Seit 1999 arbeitet sie als Dachorganisation für die Einrichtung gemeinsamer Studienprogramme deutscher und französischer Hochschulen. Darüber hinaus unterstützt sie die akademische Mobilität, binationale Aktivitäten in der Graduiertenausbildung, gemeinsame Forschungsprogramme sowie die Entwicklung eines einheitlichen deutsch-französischen Diploms, das mittelfristig die bisher möglichen Doppelabschlüsse ersetzen soll. Vorgänger war das Deutsch-Französische Kolleg, das ähnliche Aufgaben wahrgenommen hat, aber nicht den Rechtsstatus einer Hochschule besaß. Die DFH macht keine eigenen Studienangebote, sondern koordiniert und finanziert die Kooperation von Hochschulen beider Länder bei der Beantragung und Durchführung integrierter Studiengänge. So wird auch der obengenannten „Integrierte Studiengang deutsch-französisches Recht“ an der LMU München über die DFH abgewickelt. Gegenwärtig gibt es 90 deutsch-französische Studienprogramme aus allen Disziplinen mit etwa 3.000 unter dem Dach der DFH eingeschriebenen Studierenden.

### *Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes*

Vergleichbar der Universität des Saarlandes pflegt auch die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW, eine Fachhochschule) intensive internationale Beziehungen, besonders zu Frankreich. Unter den 10 % Ausländern der 2.500

Studierenden kommt die Mehrheit aus Frankreich und aus dem Iran. Die Hochschule hat in den vergangenen Jahren des Rückgangs der Technikstudenten einen deutlichen Verlust an Studierenden überhaupt hinnehmen müssen und versucht, diese Lücke durch die Intensivierung ihrer internationalen Verbindungen und die Einwerbung ausländischer Studierender zu schließen. Frankreich und Luxemburg sind wegen der geographischen Nähe besonders bevorzugte Partnerländer. So entstand in Zusammenarbeit mit der Universität Metz das „Deutsch-Französische Hochschulinstitut“, unter dessen Dach binationale Studiengänge mit einem Doppeldiplom in den Bereichen Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Computer Science und Betriebswirtschaft angeboten werden. Die Studierenden verbringen mindestens ein volles Studienjahr an ihrer Partnerhochschule. Es ist beabsichtigt, die Dauer des „Auslandsanteils“ bis zur vollen Länge des Studiums ausdehnen zu können. Ein trilaterales Vorhaben mit Universitäten in Rotterdam und Paris droht allerdings zu scheitern, da sich immer weniger niederländische und französische Interessenten finden, die des Deutschen mächtig sind oder es lernen wollen. Die Verbreitung des Englischen erschwert generell die deutsch-französischen Beziehungen. Die deutschen Studierenden der HTW kommen überwiegend aus dem näheren Einzugsgebiet, d. h. aus dem Saarland. Das Interesse der Schüler an den Pflichtschulen und den weiterführenden Schulen an der französischen Sprache sinkt aber auch im Saarland. Studierende, die im Ausland studieren wollen, bewerben sich lieber für englischsprachige Länder als für Frankreich, eine Schwierigkeit, mit der viele Hochschulen kämpfen, die aber im Saarland angesichts der deutsch-französischen Traditionen von besonderem Gewicht ist.

#### *Institut d'Etudes Françaises*

Ein staatliches ausländisches Kulturinstitut auf dem Campus einer Universität ist wohl einmalig in Deutschland. In Saarbrücken hat das Französische Kulturinstitut seinen Sitz auf dem Universitätsgelände. Der historische Grund: Das Kulturinstitut wurde 1956 ins Leben gerufen, als das Saarland unter französischer Verwaltung stand und die Universität noch nicht in deutsche Trägerschaft überführt worden war. Die räumliche Nähe der Universität mit ihren zahlreichen frankreich-orientierten Aktivitäten und des Kulturinstituts bieten besonders den Studierenden, aber auch der Bevölkerung in Stadt und Region eine einmalige Chance kultureller Nachbarschaft und Integration.

### 3.5 Universität Hannover

„Für die Universität Hannover sind Internationalität und grenzüberschreitende Kooperationen Programm. Die Institute, Seminare und Lehrgebiete unterhalten über 1.100 Auslandsbeziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen in 85 Ländern aller Kontinente. Hauptpartnerländer sind die USA vor Frankreich, Großbritannien, Polen, China und Spanien. Einen Schwerpunkt der Kontakte bilden die Kooperationen innerhalb Europas. Etwa 45 % der Beziehungen sind Kooperationen mit Staaten der Europäischen Union. Unter Einschluss der europäischen Gebiete Russlands machen die Kontakte innerhalb Europas mehr als 55 % aus.“ (Quelle: [http://www.uni-hannover.de/uni/int\\_beziehung.htm](http://www.uni-hannover.de/uni/int_beziehung.htm))

Ähnlich wie die Universität Passau ist die Universität Hannover in ihrer internationalen Ausrichtung von der Handschrift einer einzelnen Person geprägt, nämlich der ihres langjährigen Präsidenten Prof. Hinrich Seidel. Er hatte neben der Präsidentschaft in Hannover zahlreiche internationale Ämter inne. Nach seiner Überzeugung müssen sich die Hochschulen dem weltweiten Wettbewerb in Forschung und Studium stellen, gerade in einer Zeit der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft und des Übergangs der industriellen Gesellschaften in Wissensgesellschaften. Die Qualität der Bildungs- und Wissenschaftssysteme ist entscheidend für die Entwicklungsperspektiven von Regionen und Staaten. Dem muss auch die Organisation der Studienangebote Rechnung tragen. Sie kann sich nicht mehr ausschließlich an nationalen Traditionen orientieren. Die Universität Hannover setzt sowohl bei den Unterrichtssprachen als auch beim Einsatz von ausländischen Gastdozenten internationale Akzente. In der Vergangenheit kamen solche Beziehungen überwiegend auf der Basis persönlicher Kontakte mit deutschen Professoren zustande. Künftig sollen Gastwissenschaftler, ebenso wie besonders begabte ausländische Studierende, als Träger internationaler Kompetenz in den Aufbau von Centers of Excellence einbezogen werden. Die Universität ist Partner in verschiedenen internationalen Netzwerken wie beispielsweise dem European Universities Continuing Education Network (EUCEN), dem ingenieurwissenschaftlichen Programm CAESAR, dem juristischen Netzwerk European Legal Practice Integrated Studies ELPIS und dem European Mobility Scheme for Physics Students EMSPS. Bemerkenswert sind auch die regional orientierten Partnerschaften „Neue Hanse Interregio“ mit den baltischen Staaten und die „Euregio Ems-Dollart“ mit deutscher und niederländischer Beteiligung.

Zur Unterstützung der internationalen Aktivitäten, die überwiegend vom Akademischen Auslandsamt der Universität betreut werden, wurde (wie an anderen Hochschulen in Niedersachsen) ein EU-Hochschulbüro eingerichtet, das den

Universitäten Hannover und Hildesheim für Information und Beratung über Programme der europäischen Forschungsförderung zur Verfügung steht.

### **3.6 Technische Universität Dresden**

Die Technische Universität Dresden (TUD) gehört zu den ältesten Technischen Hochschulen in Deutschland. Sie entstand aus der bereits 1828 gegründeten Technischen Bildungsanstalt Dresden. Unter ihren 25.000 Studierenden sind gegenwärtig nur 6 % Ausländer. Die TUD will diesen relativ geringen Anteil in den nächsten Jahren auf 10 % erhöhen.

Internationalität wird von der TUD als bestimmender Teil ihres Profils und als entscheidend für ihre künftige Entwicklung in Wissenschaft und Studium verstanden. In den ersten zehn Jahren nach der Vereinigung Deutschland kam es darauf an, der TUD auf allen nur möglichen Feldern wieder eine nationale und grenzüberschreitende Bedeutung zu verschaffen. Dafür bemühte sie sich zunächst um eine möglichst große Zahl internationaler Partnerschaften mit Hochschulen in westlichen Staaten. Die 40 Jahre lang bestehenden Verbindungen zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Staaten des ehemaligen Ostblocks wurden eher vernachlässigt, nicht zuletzt, weil die dortigen Einrichtungen lieber neue Westverbindungen suchten als solche zu den früheren „Bruder-Staaten“. Die TUD hat diese ausschließliche West-Orientierung mittlerweile korrigiert und wendet sich wieder gezielt den osteuropäischen Staaten zu, die ein großer Rekrutierungsraum für Kooperationen und akademische Partner in Forschung und Studium sind. Dem dient auch ein „Forschungsnetzwerk Mittel- und Osteuropa“. Dass einige dieser Staaten möglichst rasch Mitglieder der EU werden wollen, unterstützt die neue Strategie der TUD. Unter den Beziehungen zu westeuropäischen Partnern sind vor allem die zu Frankreich intensiv.

Neben den traditionellen deutschen Studienabschlüssen sind in ausgewählten Studiengängen Bachelor- und Masterabschlüsse und, auf der Basis bilateraler Vereinbarungen, Doppel-Diplome möglich. Kurse zum Erwerb der deutschen Sprache, fremdsprachige Studienanteile, Tutorien, Sommerschulen und ein „Cultural Package“, ein Service-Paket des Studentenwerks, helfen den ausländischen Studierenden, sich möglichst problemlos in den Studienbetrieb einzufinden. Hinter allem steht die Überzeugung der TUD, dass die ausländischen Studierenden und die eigenen, die einen Studienabschnitt im Ausland verbringen, Multiplikatoren ihrer akademischen und sonstigen Erfahrungen sein werden. Sind diese überwiegend positiv, kann das der Universität und dem Wissenschaftsstandort Deutschland nur zugute kommen.

#### 4 Schlussbemerkung

Die sechs vorgestellten Hochschulen und ihre internationalen Aktivitäten wollen keinen zusammenfassenden Eindruck dessen vermitteln, was sich an den Hochschulen in Deutschland auf dem Feld der Internationalisierung von Forschung und Studium tut. Sie sind typische Beispiele dafür, auf welche Weise Hochschulen unterschiedliche internationale Akzente setzen und die ihnen gegebenen Möglichkeiten nutzen. Dabei können einzelne Personen die Weichen stellen; in anderen Fällen ist eine wirtschaftsnahe Reflexion des Auftrags für Forschung und Lehre die Handlungsbasis; wieder anderswo bieten die regionale Einbettung einer Hochschule und ihre Geschichte spezifische Chancen grenzüberschreitender Arbeit.

#### Quellen:

Die Arbeitsergebnisse des ADMIT-Projekts liegen der zuständigen Generalkommission der EU-Kommission vor, wurden aber bisher noch nicht publiziert. Eine Auswahl ist auf den Internet-Seiten der London School of Economics zu finden: <http://www.lse.ac.uk/Depts/CER/#ACTIVITIES>.

Die Informationen zu den hier vorgestellten Hochschulen wurden während mehrtägiger Besuche vor Ort eingeholt. Sie sind z. T. auch im Internet auf den Web-Seiten der Hochschulen verfügbar.

*Kultusministerkonferenz*: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland. Bericht der Kultusministerkonferenz an die Ministerpräsidentenkonferenz zu den Umsetzungsmaßnahmen (Bonn 1997)

*OECD Documents*: Internationalization of Higher Education (Paris<sup>2</sup>1997)

*Teichler, Ulrich*: Internationalization as a challenge for higher education in Europe, in: Tertiary education and management 5 (1999) 5-23

*van der Wende, Marijk*: Missing Links. The Relationship between National Policies for Internationalization and those for Higher Education in General, in: National Policies for Internationalization of Higher Education in Europe, hrsg. v. Torsten Kälveborn, National Agency for Higher Education / Marijk van der Wende, Netherlands Organization for International Cooperation in Higher Education NUFFIC (Stockholm 1997) 10-41

*Wissenschaftsrat*: Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen, (Köln 1992)

Anschrift des Verfassers:

Dr. Ewald Berning  
Bayerisches Staatsinstitut  
für Hochschulforschung und Hochschulplanung  
Prinzregentenstr. 24  
80538 München

[berning@ihf.bayern.de](mailto:berning@ihf.bayern.de)